

**Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,**

„Der angestellte Vergleich wird nicht auf Fakten gestützt.“ (SV-9-1583) Herr Landrat, diese Formulierung in ihrem Entwurf der Stellungnahme zum Benehmenspapier der Bürgermeister mag den Adressaten als kess erscheinen. Ich bin nicht sicher, ob wir alle hier in der Runde so zurückhaltend formuliert hätten. Denn, in dem Brandbrief finden wir in diesem Jahr, wie in jedem Jahr, altbekannte Versatzstücke, Halbwahrheiten und Verdrehungen. Im vergangenen Jahr wurde die Aufarbeitung der hiesigen NS-Geschichte neu und groß kritisiert, diesmal ist das Wohnbauprojekt am Nottengarten neu eingefügt. Ein Projekt, das haushalts-, sozial- und umweltpolitisch den Geboten der Stunde entspricht. Überdies können wir so einen Beitrag zur „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“, leisten - was ja bekanntlich eines unserer strategischen Ziele ist. Weiter machen Sie, Herr Landrat, in Ihrer Stellungnahme deutlich, dass auch an dieser Stelle die Forderungen der Bürgermeister haushaltsrechtlich und förderstrategisch falsch bzw. unsinnig sind.

Mit Blick auf die letztjährige Stellungnahme der Bürgermeister habe ich deren Sprecher als „Trumpelstielschen“ bezeichnet, spätestens angesichts der diesjährigen Ausgabe und der zugehörigen medialen Inszenierung muss ich diese Formulierung mit Bedauern zurücknehmen – sie klingt einfach zu niedriglich! In der angesprochenen Vorlage wird notwendigerweise wiederholt auf erfolgte Richtigstellungen aus den Vorjahren hingewiesen. Somit treten wir mit der heutigen Zustimmung zu dieser Vorlage einer Faktenignoranz Trumpschen Ausmaßes entgegen. Außerdem bleibt uns die Zuversicht, dass nach dem 13.09., nach einer personellen Runderneuerung der Bürgermeisterrunde, endlich eine zwar kritische, aber sach- und faktenbezogene Erörterung des Kreishaushaltes möglich wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind zu Recht stolz auf Qualität und Quantität der Erziehungs- und Betreuungsangebote für unsere Kinder hier im Kreis Coesfeld. In der kommunalen Familie haben wir hier in den letzten Jahren einen deutlichen Ausbau des Angebotes an Kita-Plätzen realisiert. Bei Angebotsquoten und Nachfrageabdeckung können wir uns im Landesvergleich sehr gut sehen lassen. Um diese Aufgabe haben Sie sich, meine Damen und Herren von der CDU, gerne gekümmert. Aber: In den letzten Wochen und Monaten haben wir hier im Kreistag heftige, kontroverse Debatten über den Kinderschutz (51.30.01) geführt. Im Ziel sind wir uns alle einig: wir wollen den Schutz der wichtigsten Menschen der Welt, den Schutz unserer Kinder verbessern. Wir streiten über den richtigen Weg dahin. Wichtig sind sicherlich niederschwellige Angebote für Kinder und auch Schutzräume. Sie, Herr Landrat, schreiben zu Recht: „Die häufigsten Kindeswohlgefährdungen sind Vernachlässigung, Misshandlung und sexueller Missbrauch.“ Sie formulieren das Ziel „Sicherstellung von bedarfsgerechten Inobhutnahmestellen ...“. Die hiesigen Erfahrungen und die landesweiten

Entwicklungen geben Ihnen offenkundig Anlass zu der Befürchtung, dass die Anzahl der gemeldeten Kindeswohlgefährdungen weiter deutlich ansteigen werden. Schließlich erhöhen Sie die entsprechende Grundzahl von 140 auf 190. Nur: Warum bleiben Sie bei den Planungen der erforderlichen Kapazitäten für die Inobhutnahmen so deutlich unter den konkreten Erfahrungswerten der letzten Jahre? Vor 30 Jahren wurde die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet. Als Signal gegen Gewalt an Kindern läuteten am 20. November auch hier im Kreis Coesfeld von 11.55 Uhr bis 12.00 Uhr Kirchenglocken. (AZ, 15.11.2019, Aufhorchen für den Kinderschutz) Dieses Glockengeläut sollte uns alle hier aufhorchen lassen, wir können und müssen mehr für den Schutz unserer Kinder tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Kreis Coesfeld haben wir eine Vielzahl weiterer Schutz- und Kontrollfunktionen zu erfüllen. Seit Jahren verfehlen wir bei vielen dieser Schutzaufgaben die eigenen oder gar die gesetzlich vorgegebenen Ziele und Vorgaben – oftmals ohne weitere Begründungen – deutlich. Das gilt für:

- die Lebensmittelüberwachung (39.01.01),
- den Veterinärdienst (39.02.01),
- den betrieblicher Umweltschutz (70.01.01),
- den Gewässerschutz (70.03.01).

Als besonders gravierend ist die Zielverfehlung beim Infektionsschutz (53.40.10), also bei der infektionshygienische Kontrolle und **Beratung** von Krankenhäusern, Altenheimen, Schulen und Kindergärten einzuordnen! Bei den entsprechenden Kennzahlen stellen wir leider fest, dass die gesetzlich vorgegebene Kontrolldichte in 2018 nur zu 47,2% erreicht worden ist. Eine erhebliche Zielverfehlung, die wir bereits in der Vergangenheit deutlich kritisiert haben. Im Sozialausschuss erhalten wir abermals den lapidaren Hinweis auf krankheitsbedingte Personalengpässe und Vakanzen. Mit diesen Ausreden könnte man vielleicht versuchen eine einmalige, zurückliegende Zielverfehlung zu übertünchen. Nur, wir reden hier über ein andauerndes Manko, das Sie Herr Landrat, auch noch in die Zukunft fortschreiben wollen. Denn: Sie planen auch mittelfristig, die einschlägigen gesetzlichen Vorgaben, auf die Sie selbst verweisen, nur zu 65 % einhalten zu wollen. Um es deutlich zu sagen: Es steht einer Exekutive nicht an, einzelne Vorgaben der Legislative nach eigenem Gusto und auch noch planmäßig zu unterlaufen. Wenn die Erfüllung einer Gesetzesnorm, wenn die Erfüllung dieser Schutzfunktion des Kreises Coesfeld an der Personalausstattung scheitert, dann ist als erste Konsequenz der Stellenplan abzulehnen. Weiter kommen wir nicht umhin, in der nächsten Sitzung unseres „Gesundheitsausschusses“ dieses Produkt genauer unter die Lupe zu nehmen. Zudem machen diese und andere Zielverfehlungen deutlich, dass hier eine Erweiterung des Berichtswesens erforderlich ist.

Meine Damen und Herren,

die regionalen Arbeitsmarktdaten können wir uns schöner kaum denken. Bei der Gründung des Kreises Coesfeld hat von solchen Zahlen wohl niemand zu träumen gewagt. Diese Erfolgsgeschichte ist zunächst den tatkräftigen Unternehmern geschuldet. Sie haben getan, was dieser Sammelbegriff besagt: sie haben etwas unternommen. Die Arbeitnehmer der Region haben sich den neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes gestellt: sie haben neue Qualifikationen erworben, sie haben als Pendler weite Anfahrtswege in Kauf genommen, sie haben Lohnneinbußen hingenommen. Jetzt schlägt das Pendel zur anderen Seite, Arbeitskräfte werden knapp. In der aktuellen Arbeitsmarktlage,

bei dem lauthals und vielstimmig beklagten Fachkräftemangel rächt sich jetzt die langjährige Ausbildungsverweigerung vieler Unternehmen.

Bei allem Jubel über guten Arbeitsmarktdaten dürfen wir die Langzeitarbeitslosen nicht aus dem Blick verlieren. Das SGB II legt uns hier Instrumente in die Hand passgenaue, regionale Maßnahmen zu entwickeln, um ihnen den Einstieg in den (ersten) Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Menschen, die hinter diesen Zahlen stehen, haben es verdient. Die Unternehmen, die nach Arbeitskräften rufen, werden es danken – und am Ende werden unsere Sozialausgaben weiter sinken.

Herr Landrat,

im vergangenen Jahr haben Sie Ihren „Vorgarten“, hier am Friedrich-Ebert-Ring, neu gestaltet. Das bisherige satte, aber doch monotone Rasengrün haben Sie durch bunte Blumen zu einem formidablen Imbiss am Stiel für heimische Arten umgestaltet. Ein kleiner, aber beispielgebender Beitrag zum Artenschutz. Ein Beitrag der sicherlich zu vielen Gesprächen und einigen Nachahmern führen wird. Also: doch mehr als nur eine symbolische Maßnahme.

Im Gegensatz zu Ihrem Vorgarten bietet der Haushaltsentwurf keine neue Impulse für den Natur-, Umwelt- und Artenschutz. Die ökologische Aufwertung von nicht mehr aktiven Steinbrüchen trägt erste Früchte, die Obstbaumaktion wird weitergeführt – soweit alles richtig und gut. Aber, wo ist das Neue? Das Programm „Artenreiche Feldflur“ war unterfinanziert, zu spät, zu halbherzig umgesetzt. In der Folge sind die Bestände der Feldvögel, wie Kiebitz, Feldlerche und Rebhuhn hier im Kreis Coesfeld sehr deutlich zurückgegangen. Und wie zum Trotz türmen sich die Ersatzgelder weiterhin auf den Konten des Kreises. Hier wäre doch auch für die sonst so begierigen Bürgermeister die Gelegenheit aus dem Kreishaushalt einmal Honig zu saugen. Ein Bewaldungsprogramm, das seinen Namen verdient, weil es mehr will als ein paar Bäume auf einem Schulgelände zu pflanzen, das wäre mal was. Das wäre als CO₂-Senke gut für den Klimaschutz und natürlich auch gut für den Natur- und Artenschutz. Noch größere CO₂-Fänger sind bekanntlich die Moore. Also: prüfen wir auch die Möglichkeit Moore zu rekultivieren!

Bei dieser Gelegenheit ist an die letztjährige Prognos-Studie zu erinnern. Bei dieser „Deutschland-Studie“ schnitt der Kreis Coesfeld in der Kategorie „Natur und Freizeit“, anders als andere ländliche Räume, erschreckend schlecht ab: Rang 324 von 401! Wo wären wir wohl gelandet, wenn unser auffällig geringer Anteil an „naturbelassener Fläche“ nicht durch Platz 11 bei den Eheschließungen ausgeglichen worden wäre?

Gemeinsam haben wir in unserer Stellungnahme zum LEP gefordert, dass in NRW der Flächenverbrauch, bzw. die Bodenversiegelung auf 5 ha/Tag begrenzt werden muss. Dann müssen natürlich auch wir uns entsprechend verhalten und auf unnötige Versiegelungen, wie z.B. die Ortsumgehung in Senden-Ottmarsbocholt, verzichten. Noch besser wäre, wir würden uns ein „0 ha-Ziel“ auf die Fahne schreiben und mit einer Entsiegelungskampagne starten.

Wenn von 2008 bis 2018 laut Auskunft der Verwaltung im Kreisgebiet zwar Baugenehmigungen für 9112 Wohneinheiten erteilt, aber über 1212 davon noch nicht umgesetzt worden sind, dann wird deutlich, dass wir zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit keine neuen Baugebiete brauchen – sondern bauwillige Bauherren und -frauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aus vielen guten Gründen, nicht nur wegen des Klimaschutzes brauchen wir eine Autokorrektur: Eine Abkehr von Selbstverständlichkeit, bei Mobilität zunächst ans eigene Auto zu denken. Merke: Das Auto kostet Geld und verbrennt Öl, das Fahrrad spart Geld und verbrennt Fett. Mit einigem Aufwand und bisher gutem Erfolg wird derzeit an einem kreisweiten Radwegekonzept für den Alltagsverkehr gearbeitet. Dabei ist es gelungen, bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Betroffenen, also die künftigen Nutzer dieser Radverbindungen, einzubeziehen. Diese Beteiligung muss unbedingt bei den nächsten Arbeitsschritten fortgesetzt werden. Bei der Finanzierung der notwendigen Baumaßnahmen an den „Kreisradwegen“ kommen wir um einen Paradigmenwechsel nicht umhin. Bisher sollen die nicht förderfähigen Kosten von der betroffenen Kommune zur Gänze getragen werden. Der Bau der neuen Radwege wird schneller von Statten gehen, wenn wir uns als Kreis die Kosten mit der Belegeneheitskommune schiedlich friedlich je zur Hälfte teilen. In der Nachbarschaft wird bereits so verfahren.

Zur Autokorrektur gehört zwingend auch eine Preis- und Angebotsoffensive bei Bus und Bahn. Die alljährliche Preiserhöhung ist ganz das Gegenteil dessen, was den ÖPNV zu einer Alternative zum Privat-Pkw macht. Wir brauchen niedrige Preise, eine übersichtliche Tarifstruktur, ein dichtes Angebotsnetz mit attraktiven Betriebs- und Taktzeiten. Also ziemlich genau das Gegenteil des aktuellen Angebotes. An den Haltestellen müssen wir die Aufenthaltsqualität erhöhen und die Fahrgastinformationen verbessern. Wir müssen die Möglichkeit bieten, das Fahrrad sicher und trocken abzustellen. Für all diese Maßnahmen müssen wir nichts Neues erfinden, wir brauchen nicht einmal eine neue App. Wir müssen einfach nur im Kreisgebiet nachvollziehen, was andernorts längst eingeführt ist und sich schon lange bewährt hat.

Meine Damen und Herren,

die örtliche Rechnungsprüfung hat die Empfehlung ausgesprochen, dass der Kreis Coesfeld – ähnlich wie WBC und GFC – über ein schriftlich fixiertes Risikomanagementkonzept verfügen sollte. Eine Projektgruppe identifiziert und bewertet jetzt in einigen pilothaften Bereichen der Verwaltung Chancen und Risiken. Untersucht werden Risiken in den Feldern: Finanzen und Sachen, Gesundheit von Mitarbeitern und Einwohnern, Ansehen des Kreises, Umwelt, Wahrnehmung von Pflichtaufgaben oder Erreichung von Zielen. Das Risiko „Klimakrise“ hat diese Projektgruppe jedoch nicht auf dem Schirm – das ist ein großes Manko, das es zu beheben gilt. Ebenfalls schwerpunktmäßig untersucht werden müssen Auswirkungen auf die Wasserqualität und -quantität sowie Straßenoberflächenbeläge und Brückenbauwerke. Kurz: Ein Risikomanagementkonzept ohne Eingehen auf den Klimawandel würde ein wesentliches Risiko nicht berücksichtigen.

Liebe Kollegen der CDU –Fraktion,

Ihr Strategiepapier zur weiteren Klimaschutzarbeit macht schon in den ersten beiden Absätzen die Zerrissenheit und Selbstblockade der CDU-Fraktion deutlich. Das ganze Papier erinnert an Dr. Jekyll und Mr. Hyde. „Die Rolle der Arbeitsgruppe Klimaschutz beschränkte sich dabei im Wesentlichen auf die Kenntnisaufnahme dieser Arbeit und auf gelegentliche Anregungen, ...“, so leitet Dr. Jekyll Wenning das Papier ein. Mr. Hyde Schulze Eskinck kontert im nächsten Absatz: Die Zusammenarbeit „... führte zu vielen substanziellen und konkreten Klimaschutzprojekten ...“ Der eine ist unzufrieden und will mehr leisten, der andere steht permanent auf der Kupplung – wenn er nicht sogar kräftig auf die Bremse tritt!

Ihre Anträge zur Machbarkeitsstudie „Power-to-Gas“ wie auch zur „Photovoltaik-Offensive für Kommunalgebäude“ machen deutlich, dass sie nur auf die Kreisliegenschaften fixiert sind. Sie sehen den Kreis nicht als Motor, der in die Gesellschaft hinein wirken und übergreifende Projekte initiieren kann. Sie versuchen 50 Pfennig zu sparen, wo 5 Mark zu verdienen wären! Zu allem Überfluss wollen Sie dem Landrat auch noch untersagen, verwaltungsintern weitere Maßnahmen zum Klimaschutz zu prüfen! Ansonsten sind Sie vollauf damit beschäftigt, sich des besten Klimaschutzes weit und breit zu rühmen. Ist das ihr Art, die Jugendlichen, Eltern und Wissenschaftler, die sich um die Zukunft unseres Planeten sorgen, ernst zu nehmen?

Was wir brauchen ist sind neue Impulse:

- für den Einsatz von Pflanzenkohle in landwirtschaftlichen Böden zur Senkung von Treibhausgasemissionen (<https://www.thuenen.de/de/ak/projekte/pflanzenkohle-in-der-landwirtschaft/>),
- für eine Neuausrichtung der Biogasanlagen hin zur Spitzenlasttauglichkeit,
- für eine grüne Wasserstoffstrategie um den Strom alter EEG-Anlagen zur Wasserstofferzeugung zu nutzen, Wasserstoff als Antriebsstoff für Lkw, Busse und Bahnen
- für eine Abfallvermeidung und -verwertungsstrategie.

Insgesamt müssen wir unsere Anstrengungen und Bemühungen verstärken, denn „Gott vergibt immer, der Mensch manchmal, die Natur nie“! (Papst Franziskus in „laudato si“)

Meine Damen und Herren,

mit Verve haben die Bürgermeister auch in diesem Jahr einen signifikanten Griff in unsere Rücklagen gefordert. Sie verweisen dabei wieder einmal auf die eigenen vermeintlichen haushaltspolitischen Zwänge und Engpässe. Beim vergleichenden Blick über die Kreisgrenzen lassen sie leider nur selbstgewählte Zahlenpaare zu. Mit Blick auf die kommunale Zahllast pro Einwohner sei daher an folgenden alten Vers erinnert:

Je mehr er hat, je mehr er will!

Nie stehen seine Bitten still!

Die „Sicherung einer dauerhaften Handlungsfähigkeit des Kreises Coesfeld durch (...) Erhalten einer angemessenen Eigenkapitalausstattung“ ist eines der Strategischen Ziele. Das haben wir hier einstimmig beschlossen!

Für eine Verständigung über eine kriteriengeleitete Haushaltspolitik stehen wir GRÜNEN jederzeit zur Verfügung - für eine Freigiebigkeit, wie sie sich heute wieder abzeichnet, jedoch nie! Für uns gilt: Spare in der Zeit, so hast Du in der Not.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Haushalt stellt naturgemäß die Umsetzung der Beschlüsse dar, die wir im ablaufenden Kalenderjahr gemeinsam beschlossen haben. Für den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz werden bereits eingeführte Projekte und Maßnahmen fortgeführt. Es ist also einiges gut und richtig an diesem Haushalt, aber: ein Haushalt,

- der in guten Zeiten das Eigenkapital verzehrt,
- der Fragen bei der Aufgabenerfüllung und Zielerreichung offen lässt,
- der keine neue, gewichtige Impulse für den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz bringt,
- der beim Klimaschutz eine Fixierung auf die eigenen Liegenschaften vorsieht und den Kreis nicht zu einem Treiber der Energiewende macht,

ein solcher Haushalt ist entschieden abzulehnen.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

abschließend möchte ich mich bei Ihnen für Ihr Engagement und die geleistete Arbeit bedanken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien frohe Festtage. Ich weiß nicht wie es Ihnen geht, aber ich freue mich bereits auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen im nächsten Jahr.